

Handreichung für Rechtspopulismus im SoVD Schleswig-Holstein

Liebe ehrenamtliche Tätige,

der SoVD ist in Schleswig-Holstein eine starke sozialpolitische Stimme. Darum hat der Landesvorstand in diesem Jahr auch zur Teilnahme an Kundgebungen für Solidarität und Demokratie aufgerufen. Das hat bei einigen Mitgliedern für Irritationen gesorgt. Wir wurden gefragt, ob wir mit diesem Aufruf nicht gegen unser satzungsgemaes Neutralitätsgebot verstoßen haben. Diese Frage müssen wir mit einem deutlichen „Nein“ beantworten!

Der SoVD hat an keiner Stelle parteipolitisch oder konfessionell Stellung bezogen. Wofür wir uns klar und unmissverständlich ausgesprochen haben, ist die Verteidigung von Grundrechten wie die Würde des Menschen oder der Kampf gegen rassistische Diskriminierung. Landauf und landab haben Zehntausende demonstriert, um unser demokratisches Staatswesen gegen rechtsradikale Angriffe zu verteidigen. Gegenüber diesen Werten darf es keine Neutralität geben. In unserer im Vorjahr aktualisierten Satzung des Landesverbandes ist in § 2 Abs 2 der SoVD klar definiert: „Er ist eine soziale, humanitäre und sozialpolitische Organisation, die sich zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat bekennt.“ Damit grenzt sich der SoVD ganz klar von extremistischen und verfassungsfeindlichen Parteien und Organisationen ab. Wir kämpfen für Mindestlöhne und deren stetige Anpassung an die allgemeinen Preissteigerungen sowie die Stärkung der Rechte von Rentner*innen, Menschen mit Behinderung, Burgergeldempfanger*innen und Alleinerziehenden. Gegen diese sozialen Errungenschaften kämpft die AfD. Sie grenzt aus und möchte die Inklusion rückgängig machen, sie hetzt gegen Arme, Kranke und Geflüchtete. Und diese Partei hat maßgeblichen Anteil daran, dass sich der gesellschaftliche Diskurs in den vergangenen Jahren nach rechts verschoben hat. Die AfD widerspricht allen Werten, die der SoVD in seiner Satzung und seiner täglichen Politik vertritt.

Der SoVD wird sich nicht an der Normalisierung der AfD beteiligen, arbeitet nicht mit der Partei zusammen und lädt die AfD nicht zu Veranstaltungen ein – weder im Landesverband noch in den Ortsverbänden. Der SoVD nimmt auch keine Termine mit AfD-Funktionär*innen wahr. Er wird Anträge und Initiativen auch dann nicht unterstützen, wenn sie inhaltliche Forderungen des SoVD aufgreifen. Wir empfehlen Ihnen und Ihren Mitgliedern zur Lektüre die Resolution der 23. Bundesverbandstagung des SoVD, [„Soziale Politik statt Populismus und Spaltung“](#).

Mit freundlichen Grüßen



Alfred Bornhalm
Landesvorsitzender



Kirsten Grundmann
Stv. Landesvorsitzende